

Jahreswirtschaftsbericht VR China 2007

Teil I – Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftslage

1. Kurzcharakterisierung der Wirtschaft der VR China

Die VR China ist viertgrößte Volkswirtschaft und drittgrößte Handelsnation der Welt. Gemessen nach Kaufkraftparitäten besitzt China bereits die zweitgrößte Volkswirtschaft. Zudem wird sie aller Voraussicht nach 2009 Deutschland als Exportweltmeister ablösen. Mit einem durchschnittlichen jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 1.380 €¹ in den Städten und 410 € auf dem Land liegt China dabei statistisch im mittleren Bereich der Entwicklungsländer. 120 bis 135 Millionen der rund 1,3 Mrd. Chinesen leben mit weniger als einem Dollar am Tag.² Gleichzeitig besitzt China in einigen Bereichen wie IT, Haushaltsgeräte, Automobile und Maschinenbau Produktionsfertigkeiten, die für Deutschland nicht nur Kooperationsmöglichkeiten eröffnen, sondern zunehmend auch ernsthafte Konkurrenz bedeuten.

Die Transformation der chinesischen Wirtschaft von einer gelenkten Staatswirtschaft zu einer sogenannten „Marktwirtschaft sozialistischer Prägung“ geht weiter. Die chinesische Wirtschaft basiert zum Teil weiterhin auf marktfremden Mechanismen wie Investitionen durch Staatsunternehmen, Kreditvergabe staatlicher Banken sowie staatliche Preissetzung im Energie- und Rohstoffbereich. Auch der Außenhandel und das Engagement ausländischer Investoren unterliegen nach wie vor staatlichen Eingriffen bzw. teilweise restriktiven Regelungen.³

2. Struktur der Wirtschaft

Knapp die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts wird von der Industrie erwirtschaftet. Zwei Fünftel (39%) entfallen auf den Dienstleistungssektor und ein Achtel (12%) auf die Landwirtschaft. Dabei wächst die Industrie (+13%) und der tertiäre Sektor (+11%) schneller als die Landwirtschaft (+4%).⁴

Die Industrie ist von im Umwandlungsprozess befindlichen Staatsbetrieben geprägt, die oft an mangelnder Innovationskraft leiden. Gleichzeitig arbeiten in China ausländische und inländisch privat investierte Unternehmen auf Weltmarktniveau.

Die VR China erfreut sich der anhaltenden Investitionstätigkeit internationaler Großunternehmen, verfügt selbst aber nur über eine geringe Zahl von Firmen, die als „global player“ zu bezeichnen

¹ Umgerechnet nach dem Wechselkurs zwischen Euro und RMB Yuan von 1 zu 10 .

² State Council Leading Group Office of Poverty Alleviation

³ z.B. Automobilindustrie: Wegen der Einführung unverhältnismäßig hoher Einfuhrabgaben auf Zulieferteile i.V.m. Vorschriften zur Steigerung des Local Content, unterlag China mittlerweile vor der WTO. Der im November 2006 erstmals veröffentlichte Fünf-Jahres-Investitionsplan umreißt klar die chinesischen Interessen, der im Herbst 2007 aktualisierte Investitionskatalog konkretisiert sie für bestimmte Branchen.

⁴ Das tatsächliche Wachstum im Primärsektor liegt niedriger: Seit 2006 werden Dienstleistungen aus den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Tier- und Fischzucht statt im tertiären nunmehr im primären Sektor ausgewiesen.

sind.⁵ Kumuliert liegt der Bestand chinesischer Direktinvestitionen im Ausland nach Angaben des Handelsministeriums Mofcom per Juli 2008 bei 113,7 Mrd. USD. Ende 2007 lag er noch bei ca. 88 Mrd. USD. In den vergangenen drei Jahren betragen die Jahreswerte der Investitionen 12, 16, bzw. 18 Mrd. USD, etwa 80% davon entfielen auf M&A. Im ersten Halbjahr 2008 betragen sie bereits 25,7 Mrd. USD und stiegen damit doppelt so stark wie im Vorjahreszeitraum.

3. Wirtschaftsklima

Die Wirtschaft der VR China wuchs 2007 zum fünften Mal in Folge um über 10% und strahlt mit ihrer Dynamik über die ost-/südostasiatische Region hinaus. Die konsequente Wachstumspolitik hat eine Aufbruchstimmung und damit Eigendynamik geschaffen, die angesichts der Größe Chinas und seines Aufholpotentials noch lange anhalten dürften.

Wettbewerbsvorteile in der Produktionskostenstruktur ziehen ausländische Unternehmen an und halten auch die Investitionen der heimischen Wirtschaft auf hohem Niveau⁶. Im Jahr 2007 wuchsen die Anlageinvestitionen um 25% (im Vorjahr 27%). Allerdings schlägt sich der kontinuierliche Wohlstandszuwachs großer Käuferschichten u.a. wegen bestenfalls partieller sozialer Sicherungssysteme nicht vollständig im Privatkonsum nieder. Steigende Lohnstückkosten durch Lohnsteigerungen, Sozialabgaben sowie neue Regularien (neues Arbeitsvertragsgesetz) führen vermehrt zu Produktionsverlagerungen ins Hinterland sowie die südostasiatischen Nachbarländer. Das Wirtschaftswachstum basiert relativ stark auf Anlageinvestitionen und Export. Insgesamt ist knapp ein Drittel des offiziell 11,4%-igen Wirtschaftswachstums im Jahr 2007 auf die Exportwirtschaft zurückzuführen. Mit einem Binnenkonsum von knapp 40% ist China das Schlusslicht unter den wichtigen Wirtschaftsländern.

Um gegen externe Nachfragerückgänge besser abgesichert zu sein, ist die Stärkung des Binnenkonsums eines der erklärten wirtschaftspolitischen Ziele der chinesischen Regierung.

4. Offenheit gegenüber der Weltwirtschaft

Die VR China hat sich seit 1992 nachhaltig gegenüber der Weltwirtschaft geöffnet. Chinas Exporte hatten im Jahr 2007 einen Anteil von 41% am BIP (+3 Prozentpunkte), die Importe lagen bei 32% (+2 Prozentpunkte). Das Außenhandelsvolumen wächst seit 2002 jährlich zwischen 20% und 30%.

Nach chinesischen Angaben bestehen zur Zeit etwa 300.000 ausländisch investierte Unternehmen in China. Das kumulierte Volumen ausländischer Direktinvestitionen liegt bei knapp 830 Mrd. USD und stieg im ersten Halbjahr 2008 um 52,4 Mrd. USD. Damit ist China neben den USA bevorzugtes Zielland ausländischer Direktinvestitionen. Ausländische Beteiligungen bzw. Niederlassungen sind nicht in allen Wirtschaftsbereichen möglich. Der bisher wenig zugängliche Bankensektor ist seit Dezember 2006 formal auch für ausländische Banken geöffnet, der tatsächliche Marktanteil ausländischer Institute hat sich 2007 von zwei auf drei Prozent gesteigert. Die Regierung ist bestrebt, das ausländische Engagement sowohl sektoral wie regional zu steuern

⁵ Beispiele sind in der IT-Branche LENOVO (nach Übernahme eines Fertigungsbereichs von IBM, 35% Marktanteil China, 10% weltweit) sowie der Hersteller von Haushaltsgeräten HAIER (35% Marktanteil in China, 5% weltweit).

⁶ Oft – zur Sicherung der noch bis 2008 bestehenden präferenziellen Ausländerbehandlung (vor allem steuerlicher Natur) – auf dem Umweg über Hongkong, British Virgin und die Cayman Inseln.

und konzentriert ihre Maßnahmen zielstrebig und erfolgreich auf umfassenden Technologie- und Know-How-Transfer. Detailliert schildert der im November 2006 erstmal veröffentlichte Fünf-Jahres-Investitionsplan Schwerpunkte und Interessenslage der chinesischen Industriepolitik. Ein im Anschluss daran veröffentlichter Katalog beschreibt als Entscheidungsgrundlage für die Regionalbehörden zu fördernde, einzuschränkende sowie ausgeschlossene Segmente ausländischer Investitionen. Die steuerliche Bevorzugung ausländisch investierter Unternehmen lief zum Jahresbeginn 2008 aus.

Im Außenhandel sieht sich China bei Konsumprodukten vor allem im Bereich von Textilien und Lederprodukten mit dem Vorwurf des Dumping konfrontiert. Im Sommer 2006 belegte die EU dieses Warenssegment mit einen Import-Strafzoll von 16,5%. Bei manchen Waren, die in China selbst knapp sind, gelten Exportzölle und -beschränkungen. Der Import von Gebrauchsartikeln und technischen Geräten wird durch eine spezielle Zertifizierung erschwert. China selbst strengt Anti-Dumping-Verfahren gegen ausländische Anbieter an, was vor allem in der chemischen Industrie häufiger zu langwierigen Verhandlungen führt. Der chinesische Umgang mit öffentlichen Ausschreibungen gibt immer wieder Anlass zu Nachfragen bzw. offiziellen Beschwerden wegen kurzfristiger Benachrichtigungsfristen oder faktischem Ausschluss durch zu spezifische Anforderungen.

Die Bilanz der bisherigen WTO-Mitgliedschaft Chinas 2001-2007 ergibt ein gemischtes Bild: Zum Einen hat China die Beitrittsanforderungen in der Gesetzgebung und bei den Zöllen weitestgehend erfüllt. Andererseits hat es sich bisher nur zurückhaltend in die Verhandlungen eingebracht und sendet durch eine Vielzahl von bilateralen Freihandelsabkommen zweideutige Signale. Kritisiert wird auch die intransparente Subventionspraxis Chinas. Im Februar 2008 unterlag China außerdem im Streit um die Verzollung von Kfz-Komponenten. Es erkennt die Niederlage vor dem WTO-Gericht an. Inwiefern das Urteil jedoch ausschließlich in dieser Sparte angewandt wird oder aber – im WTO-Sinne – grundsätzlich, bleibt abzuwarten.

5. Aktuelle Wirtschaftsentwicklung, konjunkturelle Lage

Die chinesische Wirtschaft ist in den letzten Jahren jährlich über 10% gewachsen. Das Wirtschaftswachstum schafft dringend benötigte Arbeitsplätze, sichert eine positive Haltung der Bevölkerung gegenüber dem wirtschaftspolitischen Kurs der Zentralregierung und verschafft ihr allgemeine Legitimität. Allerdings werden Forderungen nach einem stärkeren Engagement im Sozial- und Bildungsbereich zunehmend nachdrücklich artikuliert. Der staatliche Sektor bedarf auch nach 30 Jahren Öffnungspolitik noch weitgehender Reformen, die – etwa beim Sachenrecht auf Eigentum – z.T. heftige ideologische Diskussion auslösten. Ab 2008 müssen Staatsunternehmen in den meisten Branchen eine Dividende abführen.

Außenhandel und Auslandsinvestitionen nach China sind 2007 um 23% bzw. 7% gestiegen. Im ersten Halbjahr 2008 stiegen sie im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 45,6% bzw. 21,9%. China ist mittlerweile die viertgrößte Volkswirtschaft und drittgrößte Handelsnation. Sollte sich der aktuelle Trend im Außenhandel fortsetzen, wird es Deutschland 2009 als Exportweltmeister ablösen.

Das Wachstum des realen BIP wird sich nach 11,9% im Jahr 2007 in diesem Jahr auf einem – für chinesische Verhältnisse – moderaten Niveau zwischen 9% und 10% bewegen. Aufgrund der weltwirtschaftlichen Abschwächung rechnet China weiterhin mit einem verminderten Wachstum seiner Nettoexporte, was auch auf Investitionen und Konsum durchschlagen dürfte. Im Gefolge der Schneekatastrophe im Januar/Februar 2008 und angesichts der weltwirtschaftlichen Unsicherheiten mehren sich die Stimmen, die vor zu starken restriktiven Maßnahmen warnen.

Verstärkte Ausgaben im sozialen Bereich dürften perspektivisch zu einer höheren Konsumquote sowohl auf Seite des Staates als auch der Bürger führen, die sich dann selbst weniger um die eigene Absicherungen kümmern müssten. Dies würde zu einem weniger exportabhängigen Wachstum führen – ein erklärtes Ziel der Regierung, die robuster gegenüber Nachfragerückgängen aus dem Ausland aufgestellt sein möchte.

Die Teuerung⁷ betrug 2007 4,8% im Vergleich zu 1,5% im Jahr 2006. Sie sank im ersten Halbjahr 2008 von 7,1% im Januar auf 6,3% im Juli. Preistreiber sind Nahrungsmittel, deren Preise im ersten Halbjahr 2008 um mehr als 20% stiegen, sowie höhere Wohnungspreise. Das Inflationsziel der Regierung für das Jahr 2008 ist mit 4,8% sehr ehrgeizig. Die Gefahr einer Preis-Lohn-Spirale ergibt sich durch Lohnverhandlungen in Zeiten der Rekord-Teuerungsrate im Frühling sowie durch die hohen Inflationserwartungen in der Bevölkerung.

Rund 43% der Beschäftigten sind in der Landwirtschaft tätig, 32% im Dienstleistungsbereich und gut 25% in der Industrie. 2006 wurde ein Umfragemodell zur Messung der Arbeitslosigkeit eingeführt, dessen Ergebnisse nicht detailliert veröffentlicht werden. Nach offiziellen Angaben lag die Arbeitslosenquote 2007 in den Städten bei 4%. Nach Auffassung des IWF sind die amtlichen Arbeitsmarktstatistiken allerdings wenig aussagekräftig. Die Asiatische Entwicklungsbank schätzt die städtische Arbeitslosigkeit auf mindestens 8,5%, die im ländlichen Raum auf 30% („überschüssige Arbeitskräfte“). Die Zahl der Wanderarbeiter wird von chinesischer Seite informell mit etwa 150-200 Millionen Menschen beziffert. In den Städten werden in den nächsten Jahren voraussichtlich jeweils 10 Millionen neue Arbeitsplätze vorwiegend in Privatunternehmen entstehen.

⁷ Consumer Price Index; CPI

Teil II – Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitisch bemüht sich die Regierung, ihre Ankündigung einer „harmonischen Gesellschaft“ mit Leben zu füllen, und kündigt verstärkte Investitionen in Sozialsysteme und Bildung an. Gleichzeitig wurde das Energieeffizienzziel 2007 abermals verfehlt und auch bezüglich der steigenden Einkommensdisparitäten zwischen Stadt und Land ist erst kürzlich eine Besserung erkennbar. Das Inlandsprodukt wächst mit 9% bis 10% bei fortbestehender Zunahme der Währungsreserven (Stand Juli 2008: 1.809 Mrd. USD) und deutlich steigenden Steuereinnahmen. China wertet den RMB weiter nominell gegenüber dem USD auf und versucht, reichlich vorhandene Liquidität im Bankensystem abzuschöpfen, um Überinvestitionen in bestimmten Wirtschaftssektoren (Stahlproduktion, Bau) einzudämmen.

Die Regierung ordnet ihre wirtschafts-, finanz- und industriepolitischen Initiativen weiterhin der Notwendigkeit unter, im Blick auf sozial(-politische) Stabilität Arbeitsplätze für die wachsende Bevölkerung zu schaffen, und die erforderliche Partizipation ländlicher Regionen am Boom der Ostküstenprovinzen zu fördern. Gleichzeitig muss es im Laufe des Jahres glaubwürdige, nachhaltige Maßnahmen zur Eindämmung der Inflation ergreifen.

1. Fiskalpolitik

Bei einem Gesamtwirtschaftswachstum von 11,4% hatte der chinesische Staatshaushalt 2007 (Zentralstaat, Provinzen und Kommunen) ein Ausgabevolumen von 513 Mrd. Euro. Die Einnahmen stiegen wie schon in den Vorjahren mit 32% deutlich stärker als geplant, während die Ausgaben um gut 23% auf 496 Mrd. Euro zunahmen. Entsprechend wies der Haushalt erstmals seit Jahrzehnten wieder einen Überschuss von 17 Mrd. Euro aus (rd. 0,07% des BIP) und trug somit – wenn auch geringfügig - zur restriktiven Wirtschaftspolitik bei.

Der Staatshaushalt 2008 sieht bei Einnahmen von 585 Mrd. Euro und Ausgaben von 608 Mrd. Euro eine Nettokreditaufnahme von rd. 23 Mrd. Euro (rd. 0,06% des BIP) vor. Wie in den vergangenen Jahren dürften die Steuereinnahmen erneut höher als erwartet ausfallen, so dass sich die restriktive Fiskalpolitik der chinesischen Regierung auch 2008 fortsetzen sollte.

Angesichts hoher Staatseinnahmen hätte die Regierung die finanziellen Mittel, eine Rezession durch expansive Haushaltspolitik zu verhindern, sollten die Entwicklungen an den Weltmärkten China stärker als erwartet beeinträchtigen.

Rund 10% der Ausgaben der Zentralregierung sind Investitionen, gut 20% gehen in Bildung, Wissenschaft und Gesundheitswesen. Ausgaben für die soziale Sicherung und Pensionen (ca. 7%), allgemeine Verwaltungsausgaben (ca. 10%) und den Schuldendienst (ca. 15%) sind wichtige Posten des Budgets.

Im seit 2006 geltenden 11. Fünf-Jahres-Plan der Regierung sind Förderung des ländlichen Raums sowie wissenschaftliche Forschung politische Ziele. Damit sollen die wachsenden Einkommensdisparitäten und Sozialversorgungsunterschiede zwischen Stadt und Land ausgeglichen und der Aufbau einer Innovationsgesellschaft gefördert werden. Wie schon 2006 setzte die Regierung auch 2007 ihre Mehreinnahmen größtenteils im ländlichen Raum ein.

2. Geldpolitik

Die Preissteigerung avancierte im Verlauf des Jahres 2007 zum schwerwiegendsten makroökonomischen Problem. Im Jahresdurchschnitt 2007 lag die Teuerung bei 4,8 Prozent. Ein Wert, den die chinesische Regierung heuer nicht überschritten sehen möchte. Dies dürfte kaum zu erreichen sein, liegt doch der aktuelle Wert im Juli 2008 bei 6,3 % Steigerung gegenüber dem Vorjahresmonat. Nach wie vor treiben vor allem Nahrungsmittelpreise die Teuerung. Trotz heftiger verbal- und realpolitischer Eingriffe dürften die Preise weiter steigen: Erstens, wirken die höheren Nahrungspreise nach und nach in andere Preiskategorien über, zweitens zeigt sich auf der Vorlaufebene bei den Produzentenpreisen ein weiterer Anstieg und drittens besteht die Gefahr einer Preis-Lohn-Spirale, zumal der Arbeitsmarkt mittlerweile regional und sektoral als angespannt gelten muss. Daher räumt die Notenbank (People's Bank of China – PBC) auch dem Kampf gegen die auf Rekordhoch gestiegenen Inflationserwartungen höchste Priorität ein.

Dem Kampf gegen die Inflation galten die wichtigsten geld- und preispolitischen Maßnahmen: Fortsetzung der Zinserhöhungen, Erhöhungen der Mindestreservesätze und Aufwertung des RMB gegen den US-Dollar. Daneben implementiert die Notenbank seit November eine striktere Kreditkontrolle. Der Kreditbestand der Banken per Ende 2007 durfte den Stand Ende Oktober 2007 nicht überschreiten. 2008 werden quartalsweise Kreditkontingente zugestanden. Im Gesamtjahr soll der Kreditbestand um nicht mehr als 15% zunehmen. In den letzten Wochen und Monaten hat sich die PBC darüber hinaus bemüht, ihre Sterilisierungspolitik zu intensivieren. Zudem wurden Preisstopps für staatliche Dienstleistungen, eingeschränkte Preislimits für wichtige Produktgruppen und Genehmigungsvorbehalte für Preissteigerungen in Teilen des Großhandels erlassen. Diese marktinkonformen Maßnahmen sollen den allgemeinen Trend zu erweiterter Preisliberalisierung nicht stoppen oder umkehren und waren explizit als kurzfristig wieder aufzuhebende Maßnahmen angekündigt. Je länger sie in Kraft bleiben, desto schwerwiegender dürften jedoch die daraus resultierenden Fehlallokationen wiegen.

Seit dem XVII. Parteikongress im Oktober 2007 lässt China den RMB gegenüber dem US-Dollar mit 14 Prozent per annum aufwerten. Aufgrund der Schwäche des US-Dollars kam es dennoch zu einer Abwertung des effektiven Außenwertes des RMB, insbesondere zu einer Abwertung gegenüber dem Euro.

Per Ende September wurde die China Investment Corporation gegründet, die nominal rund 200 Mrd. US-Dollar aus den Währungsreserven mit dem Ziel eines hohen Ertrages anlegen soll. Zwei Drittel der Mittel bleiben als Anlagen im chinesischen Bankensektor und ein Drittel wird weltweit diversifiziert angelegt, explizit ausgeschlossen sind Investitionen in Flug-, Öl- oder Telefongesellschaften. Neben Aktien kommen auch alle anderen Formen der Beteiligung (Corporate Equity, Hedge Funds, Derivate) als Anlageinstrumente in Frage.

3. Strukturpolitik

Strukturell befindet sich die chinesische Volkswirtschaft nicht im Gleichgewicht. Neben der politischen Notwendigkeit, zugunsten der Stabilität einen ständigen, allgemeinen Wohlstandszuwachs sicherzustellen, stellen Strukturbrüche und Inkonsistenzen Herausforderungen der Reformpolitik dar.

Dabei geht es sowohl um regionale Unterschiede (Kluft zwischen den prosperierenden Küstenprovinzen und verarmten inländischen Provinzen – besonders im Westen des Landes) als

auch um vertikale Einkommensunterschiede mit einem Gini-Koeffizienten von 0,496⁸. Hinzu kommen sektorale Strukturprobleme, zum einen die Dualität zwischen dem international orientierten Exportsektor und einem unproduktiven Agrarsektor, zum anderen zwischen technologisch hochmodernen Industrieunternehmen und einer großen Zahl rückständiger Unternehmen. Ferner gibt es institutionelle Defizite hinsichtlich verschiedener Eigentumsformen der Unternehmen, für die unterschiedliche Rahmenbedingungen gelten. Handlungsbedarf besteht vor allem bei den Sozialsystemen sowie der Gestaltung der Kapitalmärkte nebst Reform der staatlichen Banken.

Das chinesische Finanzsystem wird weiterhin rasch fortentwickelt. Die Financial Futures Börse nahm 2007 ihren regulären Handel auf und die zu Beginn 2007 eingeführte Shanghai Interbank Offered Rate entwickelt sich wie erhofft zu einer Benchmark für Bankprodukte. Sie dürfte im Verlauf der nächsten Jahre zu einer geldpolitisch wirksamen Steuerungsgröße avancieren. Die zahlreichen Projekte zum Aufbau von Mikrofinanzinstituten in ländlichen Gegenden sind volkswirtschaftlich noch unbedeutend, üben aber mittelfristig positive Katalysatorwirkungen aus.

Weiterer wesentlicher Reformbedarf besteht bei den Staatsunternehmen in der Industrie. Vor allem in den alten nordöstlichen Industrieregionen stellt sich die Frage der Privatisierung. In den weiterhin stark vom Staat beherrschten oder regulierten Sektoren wie der Energie-, Transport- oder Stahlbranche mehren sich Aufkäufe privater Firmen durch Staatsunternehmen – ein dem Privatisierungs- und Deregulierungsziel gegenläufiger Prozess.

Die Privatindustrie wächst weiterhin deutlich schneller als die Staatsunternehmen. Aufgrund des hohen Wirtschaftswachstums hat sich jedoch auch der Reformdruck bei den industriellen Staatsunternehmen gemildert, die noch immer rund 77 Mio. Menschen beschäftigen.

4. Umwelt- und Energiepolitik

Präsident Hu Jintao fordert, für die weitere wirtschaftliche Entwicklung verstärkt ein nachhaltiges Wachstumsmodell zu fördern. Umweltprobleme und steigender Druck auf Ressourcen können zunehmend zu einem limitierenden Wachstumsfaktor werden. In diesem Zusammenhang setzt China auch auf finanzielle Unterstützung sowie Technologietransfer seitens der Industrieländer.

Die Gewährleistung einer sicheren Energieversorgung ist zentrales Thema der Energiepolitik und Herausforderung für die Zukunft des Landes. Das anhaltende Wirtschaftswachstum fordert einen hohen Energiebedarf. So stieg z.B. der Strombedarf zwischen 2001 und 2006 um durchschnittlich 14 % jährlich. China ist der zweitgrößte Energiekonsument und –produzent weltweit. Dabei ist die Energieeffizienzrate gering. Zur Herstellung vergleichbarer Werte an Gütern und Dienstleistungen benötigten chinesische Unternehmen fünfmal mehr Energie als beispielsweise Deutschland. Hauptenergieträger ist Kohle. China verfügt mit einem Anteil ca. 12 % über die weltweit drittgrößten (ökonomisch förderungswürdigen) Kohlereserven, ist gleichzeitig aber Spitzenreiter im Verbrauch. 2007 wurde es daher erstmals Nettoimporteur des Rohstoffs. Aufgrund der hohen Emissionsbelastung durch Fabriken und Kohlekraftwerke ist China weltweit größter Emittent von Schwefeldioxid (SO₂).

⁸ Der Gini-Koeffizient ist ein Indikator für ungleiche Einkommensverteilung zwischen 0 (vollkommene Gleichverteilung) und 1. Der Gini-Koeffizient Chinas ist mit dem der USA vergleichbar.

Die Senkung des Energieverbrauchs und Emissionsbelastung durch effiziente Ressourcennutzung sind wesentliche umweltpolitische Ziele des 11. Fünf-Jahres-Plans (2006-2010), deren Umsetzung laut State Environment Protection Administration (SEPA) - seit März 2008 zum Ministry of Environmental Protection aufgewertet - 157 Mrd. USD kosten wird. Das Ziel, den Energieverbrauch in den Jahren 2006 und 2007 um jeweils 4% zu senken, wurde nicht erreicht. Darüber hinaus scheint das Ziel, die SO₂-Emissionen bis 2010 um 10% zu senken, sehr ehrgeizig. Im November 2007 meldete die damalige SEPA ein Absinken der SO₂-Emissionen um lediglich 1,81% gegenüber dem Vorjahr. Dieser Rückgang ist auf die Schließung ineffizienter Kohlekraftwerke und Einbau von Entschwefelungsanlagen zurückzuführen. Ein Hauptproblem zur Zielerreichung bleibt der Mangel an konkreten Maßnahmen und konsequenter Umsetzung auf lokaler Ebene.

Zu den realisierten Maßnahmen der Regierung gehören, neben der Schließung energie- und schadstoffintensiver Produktionsstätten, Projekte zur Reduzierung der Wasserverschmutzung. Im Zeitraum des 11. Fünf-Jahres-Plans von 2006 bis 2010 sollen mehrere Milliarden RMB in die Bekämpfung von Luft- und Wasserverschmutzung investiert werden.

Der Ausbau Erneuerbarer Energien ist eine weitere Priorität. Mit 9 Mrd. USD gehört China zu den Ländern mit den höchsten Investitionen in diesem Bereich. Für die Modernisierung des Energiesektors benötigt China ausländisches Kapital, Know-How und Technologien.

5. Innovationspolitik

Bisher wird China häufig als „globale Werkbank“ wahrgenommen, dabei gehört das Land heute schon zu den wichtigsten Forschungsnationen. Kein Land hat seine Forschungspublikationen in den vergangenen fünf bis zehn Jahren derart rasant gesteigert. Im Jahr 2006 hat China Deutschland und Großbritannien erstmals hinsichtlich der weltweiten Wissenschaftsleistungen (SCI-Publikationen) mit einem Anteil von etwa 9% bereits knapp überholt. Die chinesische Regierung will mit der zum Jahresbeginn 2006 vorgestellten "Innovationsinitiative" China auch als Standort für High-Tech-Produkte etablieren. Die Initiative ist in den Forschungs- und Technologie-Entwicklungsplan bis zum Jahr 2020 eingebettet. Der damit verbundene Maßnahmenkatalog spiegelt den Willen der chinesischen Führung wider, China bis 2020 zu einem innovationsorientierten Land zu entwickeln, das Spitzentechnologien exportiert. Rund 37 Mrd. EUR wurden in China 2007 in Forschung und Entwicklung investiert. Geplant ist die Erhöhung der Ausgaben auf 2,5% des BIP bis 2020, was nach Prognosen basierend auf dem heutigen Wechselkurs etwa 90 Mrd. EUR entsprechen würde. Damit ist das Ziel verbunden, in den Kreis der fünf Nationen mit den meisten Patentanmeldungen vorzustoßen. Zur Zeit erfolgt gut die Hälfte der knapp 60.000 erfolgreichen Patentanmeldungen in China durch ausländisch investierte Firmen, Tendenz sinkend. Dennoch ist es China gelungen, ausländische Entwicklungskapazitäten an sich zu ziehen. Das technologische Profil Chinas, das sich aus den Erfindungspatenten ergibt, ist derzeit noch auf die Bereiche Chemie/Pharma und Low-Tech (z.B. Textil) konzentriert.

6. Außenwirtschaftspolitik

Chinas erfolgreiche Außenwirtschaftspolitik ist Grundlage seiner inneren wirtschaftlichen Stabilität, die sich auf starke politische Kontrolle stützt. Die Umsetzung weiterer (Wirtschafts-) Reformen wird für ein stabiles Wachstum notwendig sein.

Rund 60% der chinesischen Exportgüter werden von ausländisch finanzierten Unternehmen hergestellt, von denen schätzungsweise die Hälfte aus Hongkong, Taiwan oder den britischen Jungferninseln stammen und damit letztlich chinesisch finanziert sind. Diese etwa 300.000 ausländisch finanzierten Betriebe leisten 27% der Industrieproduktion und stellen 10% der Arbeitsplätze.

Chinas Öffnung ist mit Auslaufen der Übergangsfrist für WTO-Beitrittsverpflichtungen Ende 2006 und Umsetzung der WTO Vereinbarungen unumkehrbar geworden. Offiziell wurde dies bei der jährlichen Sitzung des Nationalen Volkskongresses im März unterstrichen, indem die Wechselwirkung der Handels- und Geldpolitik zwischen China und dem Ausland betont wurde.

Die Regierung ist sich im Klaren, dass Unsicherheitsfaktoren wie Mängel in der Infrastruktur (u.a. überlastete Verkehrswege, Elektrizitätsengpässe), mangelnder Schutz geistigen Eigentums sowie Unzulänglichkeiten in der Rechtssetzung und -verfolgung beseitigt werden müssen. Problemfelder für ausländische Unternehmen sind v.a. nicht-tarifäre Handelshemmnisse, das öffentliche Beschaffungswesen sowie die Vollstreckung von Eigentumsrechten. Die Regierung ist nicht untätig, wägt ihre Schritte jedoch stets vorsichtig an ihren eigenen Interessen ab.

Die Aufwertung des RMB seit Sommer 2005 mit insgesamt 12% hat den Außenhandel nicht signifikant beeinflusst. Die chinesischen Exporte stiegen 2007 erneut deutlich (+25%), während die Importe um 20% zunahmen. Damit steigerte China den Außenhandelsüberschuss 2007 im Vorjahresvergleich um weitere 84 Mrd. auf 262 Mrd. USD. Im bilateralen Handelsaustausch stieg das Defizit zu Lasten Deutschlands trotz einer deutschen Exportsteigerung um 9,1% aufgrund des gleichhohen Importwachstums und damit steigenden Handelsvolumens auf nunmehr 24,7 Mrd. Euro (2006: 21,3 Mrd., 2005: 18,5 Mrd.). Die Defizitquote von 29% ist daher im Vorjahresvergleich stabil geblieben.

Im ersten Halbjahr 2008 gingen die Nettoexporte gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 11,5 % zurück. Exporte stiegen um 21,9 %, wobei der Exportzuwachs in die USA nur noch 10%, der Exportzuwachs in die EU und ASEAN-Staaten dagegen rund 30% betrug. Importe stiegen um 30,6 Prozent, was zum Teil auf gestiegene Preise für Rohstoffe, Erdöl und Nahrungsmittel zurückzuführen ist. Dies schlägt sich entsprechend in überdurchschnittlichem Importwachstum aus OPEC-Ländern, Afrika und Lateinamerika nieder. Das Importwachstum aus der EU und Deutschland liegt in etwa auf Höhe des durchschnittlichen Wachstums und zieht weiter an. Chinas Exportwachstum nach Deutschland stieg auf 26 %. Nach Gütern zeigt sich der erwartete Rückgang der Bedeutung der Leichtindustrie. So wuchsen Exporte von Textilien, Schuhen und Kunststoffprodukten unterdurchschnittlich, aber noch immer mit mehr als 15 %. Klar überdurchschnittlich ist das Exportwachstum bei Produkten der Chemieindustrie und bei Autos (jeweils über 40 % plus) und im Maschinenbau sowie der optischen Industrie (mehr als 26 %).

Im Bereich der ausländischen Investitionen in China wurde durch die Nationale Entwicklungs- und Reformkommission 2006 erstmalig ein Plan für solche Investitionen veröffentlicht, der durch die

Neuaufgabe des Investitionskatalogs konkretisiert wurde. Hiernach wird die chinesische Regierung bei der Genehmigung von Investitionen in Zukunft restriktiver sein, als bisher im Zuge des WTO-Beitritts erwartet wurde. Ausländische Investitionen sollen künftig strenger qualitativ bewertet, heimische Industrien von nationaler Bedeutung geschützt und chinesischen Technologieunternehmen mehr Raum zur selbständigen Entwicklung gegeben werden. Dies entspricht einer zunehmend an nationalen Kriterien orientierten Wirtschaftspolitik.

Zur Sicherung seiner Energieversorgung betreibt China „Wirtschaftsdiplomatie“. Die großen Staatsunternehmen der Ölbranche haben verstärkt strategische Kooperationen eingeleitet und auch Investitionen zur Sicherung der Einfuhren getätigt, wobei solche zentralasiatische, afrikanische und mittelamerikanische Partner bevorzugt wurden, die weniger stark an nordamerikanische und europäische Abnehmer gebunden sind. Auch scheut China die Kooperation mit Außenseitern des internationalen Systems wie Simbabwe oder Sudan nicht, auch wenn der internationale Druck hier erste Reaktionen Chinas erkennen lässt. Höhepunkt dieser Interessenverfolgung und internationalen Imagepflege war das China-Afrika-Forum im Oktober 2006, bei dem über 40 afrikanische Staats- und Regierungschefs in Peking zusammenkamen. Die Erschließung von Absatzmärkten ist ein weiteres Ziel dieser Politik.

Die Auslandsinvestitionen durch chinesische Firmen sind in absoluten Zahlen noch gering, wachsen aber dynamisch: Im Jahr 2007 wurden insgesamt 19 Mrd. USD im Ausland investiert (2006: 16 Mrd. USD). Der Gesamtbestand beläuft sich derzeit (Juli 2008) auf 113,7 Mrd. USD. Im ersten Halbjahr 2008 wurden bereits 25,7 Mrd. USD im Ausland investiert, doppelt so viel wie im Vorjahreszeitraum. Hauptzielregionen sind Asien (60%), Lateinamerika (16%) sowie Afrika (7%, v.a. zur Rohstofferschließung). Chinesische Investitionen in Deutschland betragen kumuliert ca. 310 Mio. USD, davon wurden 91 Mio. USD im Jahr 2007 investiert.

7. Perspektiven

Die sechste Plenarsitzung des 16. ZK im Herbst 2006 stärkte die chinesische Führungsspitze um die "vierte Führungsgeneration" von Staatspräsident Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao. Allen gemeinsam ist das wirtschaftspolitische Programm der "harmonischen Gesellschaft", das für mehr soziale Ausgewogenheit für die Bevölkerung in den Bereichen Bildung, Soziales und Umwelt steht. Dies könnte den inländischen Konsum stärken und so ansatzweise zu einer besseren Balance des sonst sehr investitions- und exportlastigen Wirtschaftswachstums beitragen. Ein Staatshaushalt, der schneller als die Wirtschaft insgesamt wächst, ist hierfür eine günstige wirtschaftliche Basis. Andererseits sind die mit dem dringend erforderlichen Aufbau der sozialen Sicherungssysteme verbundenen Aufgaben erheblich und neben den finanziellen Anforderungen auch eine politische Herausforderung strategischer Dimension, da neue Versorgungsstrukturen (z.T. wieder-)aufgebaut werden müssen.

Insgesamt ist 2008 mit einer Wirtschaftspolitik zu rechnen, die innenpolitischen, insbesondere sozialpolitischen Belangen höheren Stellenwert beimisst. Dabei steht die Eindämmung der hohen Inflation (Juli 2008: 6,3 %, Lebensmittel: 20%) im Vordergrund. Ein hohes Wirtschaftswachstum wird dabei eine notwendige, aber nicht mehr hinreichende Bedingung sein. Die Bevölkerung erwartet, dass sich die soziale Situation aller, auch der ärmeren Bevölkerungsschichten durch

individuelle Teilhabe am schnell wachsenden BIP verbessert und in gestiegenen verfügbaren Einkommen konkretisiert.⁹

Im März 2008 wurden wichtige Regierungsbehörden neu geordnet. Insgesamt ist das übergreifende Ziel einer Verschlankung und stärkeren Dienstleistungsorientierung der Regierung sowie einer höheren Transparenz des Regierungshandelns jedoch noch lange nicht erreicht. Die Umstrukturierung kann aber als vorsichtiger Schritt in diese Richtung gelten und entspricht dem in 30 Jahren Reform- und Öffnungspolitik bewährten chinesischen Vorgehen, das durch ein langsames Vortasten und die Vermeidung abrupter Veränderungen gekennzeichnet ist.

⁹ Ursachen für die bisher relativ schwache Entwicklung der verfügbaren Einkommen sind unter anderem überproportional wachsende Steuereinnahmen und niedrige Realzinsen für Spareinlagen gewesen.